Alternative für Deutschland
Kreisverband Chemnitz

Courage für Chemnitz

ZEITUNG DES AFD - KREISVERBANDES CHEMNITZ AUSGABE 02/2022

Kalt, maskiert, pleite: Was passiert in Deutschland im Herbst?

Chemnitz – Selten hatten die Menschen mehr Angst vor der Zukunft als in diesen Zeiten. Auch an Chemnitz geht die aktuelle Situation nicht spurlos vorbei. Im Stadtrat mahnte unsere Fraktion daher dringlichst an, die Stadtspitze möge umgehend einen Krisenstab einrichten. Mit Fachleuten, welche konkrete Pläne erstellen sollen, um die Probleme im Herbst und im Winter gewältigen zu können. Die Reaktion des Oberbürgermeisters Sven Schulze (SPD): Kopfschütteln.

Inflation

Seit Monaten steigen die Preise, teilweise um acht Prozent in einem Monat. Das betrifft natürlich die ärmeren Menschen unter uns, belastet aber auch Familien mit werktätigen Eltern. Das Problem ist nicht neu – bereits im Dezember 2021 versuchte die AfD im Bundestag, Maßnahmen gegen die Folgen der Inflation durchzusetzen.

Lebensmittel? 7 Prozent teurer. Sprit? 25 Prozent teurer. Energiekosten? 35 Prozent teurer. AfD-Bundessprecher Tino Chrupalla sagt dazu: „Eine Teuerungswelle rollt durch Deutschland. An der Tankstelle und beim Einkaufen reiben sich viele Bürger ungläubig die Augen – das kann doch nicht sein. Und die Regierung? Sie schaut tatenlos zu, wie die schleichende Inflation seit Herbst 2021 die Leistungsträger unserer Gesellschaft ruiniert."

Die AfD fordert daher: Steuern auf Strom, Sprit, Gas und Heizöl müssen sofort gesenkt werden. Die Versorgungssicherheit Deutschlands gehört im Grundgesetz festgelegt. Die Grundsicherung und der Mindestlohn müssen an die Inflation gekoppelt werden.

Energie-Krise

Die Energie-Krise herrscht nicht erst seit dem Gasstreit mit Russland. Der überhastete Ausstieg aus der Atomkraft hat Deutschland vor kaum erfüllbare Aufgaben gestellt. Mittlerweile gestehen immer mehr Experten ein, dass der Strombedarf nicht im Ansatz mit erneuerbaren Energien gedeckt werden kann.

Das Ergebnis jahrzehntelanger CDU-Politik, getrieben von der SPD, jetzt vollendet durch die Ampel: Menschen sollen weniger heizen, Städte bereiten Wärmehallen vor, die Nebenkostenabrechnungen sorgen teilweise für Existenzangst in den Haushalten. Obwohl selbst die EU die Atomkraft mittlerweile als „grüne Technologie" einstuft, weigert sich die Regierung bisher beharrlich, Atomkraftwerke a) weiterlaufen zu lassen und b) künftig auch auf den Bau neuer Anlagen zu setzen.

Stattdessen sollen die Menschen einfach weniger heizen. Eigenheimbesitzer, welche ihren Pool heizen, dürfen dies demnächst nicht mehr tun. Staatlich verordnete Heizungs- und Warmwasser-Einschränkungen für alle Mieter zwischen 22 und 6 Uhr sind ebenfalls im Gespräch.

Corona

Gesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) läuft bereits jetzt zur Hochform auf und warnt vor einem katastrophalen Corona-Herbst. Natürlich sind jetzt Impfung Nummer 4 und 5 ganz wichtig, natürlich kommt die Maskenpflicht zurück, die Gastronomie wird erneut durch 2G an die Grenze zur Pleite getrieben, ebenso die Geschäfte des Einzelhandels – kennen wir das nicht alles schon? Und was hat es gebracht?

Rund um die Corona-Diskussionen erlebten wir eine gespaltene Gesellschaft, ungeimpfte Menschen wurden an den Pranger gestellt, manche Mitbürger entwickelten ein sogenanntes „Blockwart"-Syndrom.

Seit Beginn der Pandemie kämpft die AfD gegen die völlig übertriebenen Maßnahmen, welche nur eins im Sinn haben: die Menschen zu entmündigen. Selbst die einstmals freiheitliche FDP marschiert Seite an Seite mit dem Genossen Lauterbach. Wenn Justizminister Marco Buschmann (FDP) davon spricht, die Maskenplicht jetzt auch wegen der „normalen" Grippe einzuführen, ist es mit der Freiheit nicht mehr weit her.

Der AfD-Slogan aus dem Bundestagswahlkampf, „Deutschland. Aber normal." ist aktueller denn je. Und falls Sie sich fragen, wie Sie etwas gegen diesen ganzen Wahnsinn machen können? Unterstützen Sie die einzig verbliebene Opposition in diesem Land, die AfD. Als Spender, als Mitglied und vor allem als Wähler.

9-Euro-Ticket – ein PR-Gag der Bundesregierung für Schnäppchenjäger

Berlin - Viele freuen sich auf das Sommerticket des Öffentlichen Personen- und Nahverkehrs (ÖPNV) für 9 Euro. Fast umsonst durch das ganze Land fahren. Von Chemnitz nach Rügen für 30 Cent, das gab´s nicht mal in der DDR.

Ist der Sozialismus in Berlin ausgebrochen? Und an der Spitze der quasi kostenlosen Fahrschein-Idee steht ausgerechnet die FDP, die selbsternannte Hüterin der Marktwirtschaft. Dass die Linken das Ticket gut finden, versteht sich von selbst.

Aber die ganze Sache hat einen Haken: Die Rechnung kommt im Herbst, und zwar für alle. Die etwa 4 Milliarden Kosten für das 9-Euro-Ticket zahlen am Ende wieder die Bürger. Auch die, die gar nicht den ÖPNV nutzen können oder wollen – denn subventioniert wird dieses Ticket aus Steuergeldern.

Ja, der ÖPNV muss gestärkt werden, besonders in ländlichen Regionen. Aber könnte es sein, dass nach dem „Sommermärchen" in total überfüllten Zügen und Bussen sogar weniger Kunden den ÖPNV nutzen?

Nein, diese Idee der Regierung ist vor allem betriebswirtschaftlicher Unsinn. Denn jede Leistung muss doch bezahlt und erwirtschaftet werden. Aber so denken nicht mehr viele in Berlin. FDP-Chef Christian Lindner meinte kürzlich: „Schulden sind Freiheit!"

Wir freuen uns für jeden Bürger, der günstig seine Heimat kennenlernen kann. Aber wichtiger wäre eine seriöse Politik und keine Nebelkerzen nach dem Motto ´linke Tasche, rechte Tasche´.

Die AfD steht für eine ausgewogene Verkehrspolitik ohne Gängelung von Autofahrern, ohne Ideologie und ohne Moralpredigten für Flugreisende. Wir wollen sinnvolle Projekte. Wir wollen zum Beispiel einen ICE und eine fertige Autobahn von Chemnitz nach Leipzig.
Die AfD wird weiter für die Interessen der Bürger eintreten und unseriöse Projekte wie das 9-Euro-Ticket kritisieren, in Sachsen und in Berlin.
www.afdbundestag.de / www.mike-moncsek.de

Mike Moncsek (2.v.r.), hier bei einem Besuch in Chemnitz, sitzt seit September 2021 als AfD-Abgeordneter für Mittelsachsen im Bundestag. Foto: AfD Chemnitz

Kostenloses Schulessen? Nicht mit CDU, SPD und Grünen

Dresden – Die Sozialverbände schlagen Alarm: Die Preise für Essen in Schule und Kindergarten steigen über den Sommer massiv an. In Chemnitz rechnet man laut Stadtmission mit Kosten von bis zu 7.50 Euro pro Portion.

Auch im Landtag war dieses Problem ein Thema. Seit Jahren fordern wir als AfD kostenlose Mahlzeiten für Kinder und Jugendliche in der Schule. Jetzt brachte die Fraktion der Linken diesen Antrag ein. Unsere Fraktion handelte wie immer im Sinne der Sache und nicht mit Blick auf den Absender und stimmte diesem Vorschlag zu. Wer aber dachte, dass die Kenia-Koalition ein Herz für Kinder hat, wurde enttäuscht: CDU, SPD und die Grünen – also auch die Fraktionen, welche regelmäßig für ihre eigenen Diäten-Erhöhungen stimmen - sorgten mit ihrer Mehrheit dafür, dass das kostenlose Essen für unsere Kleinsten weiter ein Wunsch bleibt. Unsere Fraktion wird aber an diesem Thema dranbleiben.

Interessant: Parallel dazu diskutierte der Chemnitzer Stadtrat am gleichen Tag ein ähnliches Anliegen. Hier wurde vom Stadtrat bereits im Jahr 2019 der AfD-Vorschlag einer kommunalen Großküche zur kostenlosen Versorgung in Schulen und Kindergärten abgelehnt. Jetzt verdrückte vor allem die CDU Krokodilstränen. Am Ende schadeten die Antragsteller der SPD und der Linken ihrem Anliegen selber: Statt den Eltern direkt eine Unterstützung zukommen zu lassen, wollten sie lediglich die Anbieter subventionieren, in der Hoffnung, dass diese dann die Preise nicht anheben. Und genau dafür fand sich keine Mehrheit – am Ende bleiben auch die Chemnitzer Eltern (erstmal) auf den hohen Kosten sitzen.

Dr. Volker Dringenberg (l.) ist Landtagsabgeordneter der AFD und Fraktionsvorsitzender im Chemnitzer Stadtrat. Foto: AfD-Fraktion Sachsen

Trotz Nein im Stadtrat: Wird der Südring doch noch ausgebaut?

Chemnitz - Liebe Leser, wir wissen, dass Sie gerade ganz andere Probleme haben. Die Situation in der Ukraine überschattet alles, Inflation die Angst vorm kalten Herbst und Winter, vor hohen Nebenkosten. Das Thema Südring beschäftigt uns diesmal aber vor allem deswegen, weil wir eine Frist bis zum 15. August 2022 einhalten müssen.

Der Beschluss des Stadtrates vom 16.03.2022 zur Verhinderung des Weiterbaues des Südverbundes zwischen Neefestraße und Kalkstraße wurde nur mit knapper Mehrheit und unter fragwürdigen Umständen gefasst. Selbst der FDP Stadtrat Dr. Füßlein plädierte für die zumindest weitere Vorhaltung der Trasse unter Zitat der Bergmannsweisheit: „Vor der Hacke ist es dunkel“, da man für die Zukunft nicht ausschließen sollte, dass der Südverbund doch noch geschlossen werden soll. Dies verfing aber nicht bei einer Rot-Rot-Grünen Mehrheit im Stadtrat, welche auch noch beschloss, umgehend Grundstücke in der Trasse für eine Bebauung zu verkaufen.

Mittlerweile hat auch in der CDU ein Umdenken eingesetzt, energischer gegen die Verkehrswendepläne von Rot-Rot-Grün vorzugehen. So ist der sogenannte Mobilitätsplan 2040, in welchem diese Pläne auf Dauer festgezurrt werden sollen, durch den Stadtrat verhindert worden, da es eine Mehrheit jenseits von Rot-Rot-Grün gibt - wenn man will.

Wir arbeiten intensiv daran, der rotgrünen Politik auf kommunaler Ebene entgegenzuwirken.

Hier hoffen wir auf die Mithilfe einer bisher schweigenden Mehrheit:
Für eine Umkehrung der bisherigen fatalen Beschlüsse benötigen wir aktuell möglichst viele Widersprüche gegen die eiligst von der Verwaltung betriebene Aufhebung der Planfeststellungsbeschlüsse.

Das Ende des Südrings an der Neefestraße: Seit 2004 besteht Baurecht bis zur Kalkstraße, getan hat sich nichts. Ein Widerspruch soll jetzt neue Chancen für den Ausbau ergeben.

Das hat folgenden Hintergrund: Für einen Straßenbau der Dimension Südverbund muss ein spezielles Baurecht geschaffen werden, die „Planfeststellung“. Für den Abschnitt Südverbund zwischen Neefestraße und Zwickauer Straße liegt das Baurecht „Planfeststellung“ seit 2004 (!) vor. Zunächst aus Geldmangel, später durch ideologische Scheuklappen wurde der Weiterbau blockiert und jetzt aufgehoben.

Der Weiterbau des Südverbundes kostet viel Geld, was aber zu überwiegenden Teilen vom Freistaat aufgebracht würde. Und mit der Widmung des gesamten Südverbundes als Bundesstraße, was erst mit der Vollendung des Südverbundes möglich ist, würde die Stadt von den unglaublichen Unterhaltskosten befreit. Dies sei all jenen Mitbürgern gesagt, welche meinen, dass Sie vom Thema nicht betroffen sind. Es ist vor allem der LKW-Verkehr, welcher die Straßen schädigt. Und diese Schäden trägt die Stadt, also Sie, für den überregionalen Verkehr, welcher die Stadt nur tangiert.

Der Überflieger und die Neefestraße leiden schon heute unter viel Verkehr. Aus Sicht der AfD-Fraktion muss diese Strecke entlastet werden.

Mit möglichst vielen Widersprüchen möchten wir ein Zeichen setzen, damit der Stadtrat zur Vernunft kommt und die Vollendung des Südverbundes doch noch auf den Weg bringt.

Wie können Sie dabei mithelfen?

Wir haben einen Musterwiderspruch erarbeitet, welchen Sie nur noch unterzeichnen und abgeben müssen. Da Kosten entstehen können, bieten wir auch an, den Widerspruch bis zum 13. August 2022 im Rathaus am Empfang abzugeben oder an „AfD-Stadtratsfraktion, Markt 1, 09111 Chemnitz“ zu senden. Wir reichen den Widerspruch dann als Sammel-Widerspruch ein. Sie können diesen natürlich auch gern selbst postalisch versenden oder in den Briefkasten der Landesdirektion Chemnitz, Altchemnitzer Str. 41, einwerfen.

Der Widerspruch ist auf unserer Internetseite zum Download abrufbar:

www.afdfraktionchemnitz.de

Da hier alle Aspekte der Verkehrsentwicklung um das Thema Südverbund nicht erschöpfend dargestellt werden können, würden wir uns freuen, mit Ihnen ins Gespräch zu kommen. Vereinbaren Sie unter geschaeftsstelle@afdchemnitz.de gern beinen Termin mit unserem Kreisverband. Ebenso können Sie unter AfD.Fraktion@stadt-chemnitz.de mit unseren Vertretern im Rathaus Kontakt aufnehmen.

Fotos: AfD-Stadtratsfraktion

Termine September/Oktober/ November

Sitzungen Stadtrat:
14.09.2022
12.10.2022
23.11.2022
(jeweils ab 15 Uhr,
live unter www.chemnitz.de)

Kreisverband
Mitgliederversammlung
01.09.2022

Sitzungen Sächsischer Landtag
29.08.2022
21./22.09.2022
09./10.11.2022

Mitgliedschaft/Spenden

Politik lebt von Mitmachen. Daher: Machen Sie bei uns mit, werden Sie Mitglied. In unserer Partei wird Basis-Demokratie gelebt, engagierte Menschen sind jederzeit gern gesehen. Nur gemeinsam können wir das Land in eine bessere Zukunft führen.

Füllen Sie einfach online Ihren Mitgliedsantrag unter www.afd-chemnitz.de (Rubrik: Unterstützen) aus. Natürlich ist auch Unterstützung in Form von Spenden gern gesehen.

Alternative für Deutschland – Kreisverband Chemnitz
Konto-Nummer: 0710 0345 39
BLZ 870 50 000
IBAN: DE25 8705 0000 0710 0345 39
BIC/SWIFT: CHEKDE81XXX
Sparkasse Chemnitz
Betreff: Spende KV + Name/Adressdaten
(für die Spendenquittung)

AfD? Auch für junge Menschen eine Alternative

Politik ist längst nicht mehr nur eine Sache für Erwachsene. Immer mehr Jugendliche engagieren sich. Auch die AfD hat eine hochmotivierte Jugendorganisation, die „Junge Alternative Deutschland". Unsere Mitstreiter in Chemnitz freuen sich über neue Mitglieder und Förderer. Du bist zwischen 14 und 35 Jahre alt und wohnst in Sachsen? Du liebst deine Heimat und möchtest dich auch für diese einsetzen? Dann komm zur „Jungen Alternative Sachsen"!

Bei uns findest du eine echte Alternative zur linken Jugendkultur. Jenseits von Gender-Wahn, übertriebener Corona-politik und Hass auf das Eigene. Was wir bieten? Du triffst auf gleichgesinnte Jugendliche, welche Du bei Wanderungen, Akademien, politischen Aktionen oder einfach bei einem lockeren Grillabend kennenlernen kannst.

Für den Preis eines 9-Euro-Tickets wirst du ein Jahr bei uns Mitglied und kannst an allen Veranstaltungen und Aktionen teilnehmen. Mehr dazu unter ja-sachsen.de/mitmachen oder über Instagram @ ja.chemnitz.erzgebirge

Impressum/Links

Herausgeber:
Alternative für Deutschland
Kreisverband Chemnitz

verantwortlicher Redakteur:
Ronny Licht

Theaterstr. 15
09111 Chemnitz
Tel.: 0371/666 26 629
geschaeftsstelle@afdchemnitz.de

Weiterführende Links:
- www.afd-chemnitz.de (Kreisverband)
- www.afdfraktionchemnitz.de (Stadtrat)
- www.afd-fraktion-sachsen.de (Landtag)
- @ja.chemnitz.erzgebirge (Instagram JA)